

Erklärung der Autonomen Frauenhäuser Schleswig-Holstein vom 27. Juli 2010

Denn sie wissen, was sie tun...

**Die Sparpläne der Landesregierung tolerieren fahrlässig
die Gefahr für Leib und Leben von Frauen und Kindern**

Der Kabinettsbeschluss der schleswig-holsteinischen Landesregierung vom 13.07.10 für den Doppelhaushalt 2011/12 sieht eine jährliche Reduzierung von 125 Mio. €, insgesamt 1,25 Mrd. €, bis zum Jahr 2020 vor.

Der Koalitionsvertrag besagt: "zum Schutz vor häuslicher Gewalt werden wir das Angebot von Frauenhäusern aufrecht erhalten". Seit Juli wissen wir, dass dies ein leere Worthülse und ein falsches Versprechen ist.

Die Fördersumme von derzeit 5,35 Mio. € für Frauenhäuser und -beratungsstellen, die vom Land und den Kommunen gemeinsam getragen wird, soll auf 4,8 Mio. € gekürzt werden. Schleswig-Holstein würde damit seinen Beitrag aus Landesmitteln um ca. 50% (553.000 €) reduzieren.

Die für betroffene Frauen lebensgefährlichen Einsparungen und finanziellen Umverteilungen sollen dadurch erwirkt werden, dass in Frauenhäusern Plätze gestrichen, Frauenhäuser zusammengelegt und manche Frauenhäuser gar ganz geschlossen werden.

Im Land Schleswig-Holstein gibt es derzeit 16 Frauenhäuser unterschiedlicher Größe. Die Gesamtkapazität umfasst ein Angebot von 344 Plätzen. Im Landesdurchschnitt nutzen jährlich ca. 6,4 Frauen und Kinder einen Frauenhausplatz.

Die drohende Sparsumme von 553.000 € könnte so den Wegfall von 49 Frauenhausplätzen bedeuten, womit es jährlich für über 300 Frauen und Kindern keinen Ort mehr zum Schutz vor häuslicher Gewalt gäbe. Auch für die Begleitung, Beratung, nachgehende Unterstützung, Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit würden personelle Kapazitäten fehlen.

Dies ist um so zynischer, als bei den Frauenhäusern in SH durch die eingefrorene Dynamisierung seit 2007 bereits 264.000 € eingespart wurden und die Häuser damit bereits an ihrem finanziellen Limit angelangt sind.

Das Land Schleswig-Holstein entzieht sich mit dem Sparpaket gänzlich seiner Verpflichtung, für Schutz und Sicherheit zu sorgen, indem es das gesamte Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder angreift. Beispiele wie das Rettungspaket für die HSH Nordbank mit einem Volumen von 3 Mrd. € und Garantien über 10 Mrd. unterstreichen das fehlende Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung und soziale Gerechtigkeit. Wir sehen darüber hinaus das Versagen der politisch Verantwortlichen für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung.

Unsere Forderungen:

- **Das Angebot der Frauenhäuser in Schleswig-Holstein muss als Mindestmaß in seiner jetzigen Form erhalten bleiben.**
- **Zum Schutz von Leib und Leben betroffener Frauen und Kinder dürfen weder Platzzahl noch Standorte von Frauenhäusern oder Beratungsstellen gestrichen werden.**
- **Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser brauchen eine staatlich gesicherte Finanzierung, da es sich bei häuslicher Gewalt um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt.**

Für weitere Informationen siehe

http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Haushaltskonsolidierung/Wosparen/Data/F_K/frauenberatungsstellen.html